

Position des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) zum Gesetzesentwurf „Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie von dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten“

Der Verband:

Der **Deutsche Feuerwehrverband (DFV)** vertritt die Interessen aller Feuerwehren in Deutschland – von den Berufsfeuerwehren über die Freiwilligen Feuerwehren bis hin zu den Werk- und Jugendfeuerwehren. Er ist die starke Stimme für die mehr als eine Million Frauen und Männer, die täglich für unsere Sicherheit eintreten – dies weit überwiegend ehrenamtlich. Als Dachverband sorgt der DFV dafür, dass die Anliegen der Einsatzkräfte gehört werden, sei es in der Politik, in der Gesellschaft oder auf internationaler Ebene.

Vorgeschichte:

Der DFV unterstützte bereits 2017 die Gleichstellung von Rettungskräften mit Vollstreckungsbeamten bei Nötigungshandlungen und Gewalt. Der DFV hat sich in den letzten Jahren bereits mehrmals an die Öffentlichkeit und die Bundesregierung gewandt, Rettungskräfte noch besser zu schützen. Diese Bemühungen flankiert der DFV mit Umfragen in den Feuerwehren nach Gewalterfahrungen. Diese haben ergeben, dass Gewalterfahrungen im Einsatz für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige keine Seltenheit sind. Feuerwehrangehörige sind bei ihrer freiwilligen Tätigkeit viel zu häufig psychischen Belastungen durch Beleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen ausgesetzt. Respektlosigkeit und Aggression gegenüber Einsatzkräften sind jedoch keine Bagatellen. Wer sich für andere einsetzt muss sich dem Rückhalt der Gemeinschaft sicher sein. Spiegelbildlich dazu: Wer Gewalt gegen Einsatzkräfte ausübt, muss dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

Position zum aktuellen Gesetzesentwurf:

Bereits im Sommer hat der DFV seine klare Unterstützung des Vorhabens ausgedrückt, denn es reagiert auf die verheerende Silvesternacht 2022 aber auch alltägliche Erfahrungen von Feuerwehrangehörigen: Es wäre wichtig, dass Gewalt gegen Rettungskräfte nie mehr als Bagatelldelikt behandelt wird und „hinterlistige Überfälle“ gegen Rettungskräfte besonders geahndet werden. Feuerwehrangehörige dienen in besonderer Weise dem Gemeinwohl und sie in Hinterhalte zu locken, um sie angreifen zu können, darf nicht geschehen.

Weitere Hinweise in Richtung der Justiz:

- Mehrfachtäter müssen identifiziert und die Bearbeitung bei Schwerpunktstaatsanwaltschaften gebündelt werden.
- Verfahren und Strafe sollten schneller auf die Anzeigen folgen.
- Die Gerichte müssen das vorhandene Strafmaß nutzen
- Die Justiz muss personell und technisch in die Lage versetzt werden die Vorfälle abzuarbeiten.

Für uns in klar:

Das Strafrecht ist nicht das alleinige Heilmittel, um dem Phänomen der Gewalt gegen Einsatzkräfte zu begegnen. Er ist ein wichtiger Baustein, da es die Einrichtung des Staates schützt. Aber wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Debatte zu diesem Thema. Wir brauchen Bildung und Aufklärung durch Aufklärung an Schulen sowie der Sensibilisierung der Bevölkerung mit Kampagnen, die den Respekt und die Wertschätzung gegenüber den Einsatzkräften betonen, eine gesellschaftliche Stärkung des Zusammenhalts sowie die Unterstützung von Einsatzkräften nach belastenden Ereignissen.

Dr. Christoph Weltecke 14.10.2024